

EU Migration Talks: Trendbarometer Migration und Asyl 2023 „Vertriebene aus der Ukraine in Österreich“

14. November 2023, online

Zusammenfassung

Angesichts des nach wie vor anhaltenden Krieges in der Ukraine hat EMN Österreich auch dieses Jahr Expert:innen und Praktiker:innen eingeladen, um über die Situation der vertriebenen Ukrainer:innen in Österreich zu diskutieren: Wie hat sich die (Integrations-)Situation vertriebener Ukrainer:innen in Österreich entwickelt? Haben die gesetzten Maßnahmen die Erwartungen erfüllt? Wurden die Ziele erreicht? Welche neuen Herausforderungen haben sich ergeben? Diese und andere Fragen wurden erörtert und gleichzeitig auch ein Blick in die Zukunft gewagt, um absehbare Entwicklungen im Zusammenhang mit dem vorübergehenden Schutz von Vertriebenen aus der Ukraine zu thematisieren.

[Dr. Martin Stiller](#) (IOM Österreich) referierte über einige der in Österreich gesetzten Maßnahmen, die vergangenen Entwicklungen und bevorstehende Herausforderungen im Zusammenhang mit Vertriebenen aus der Ukraine, die im Rahmen von EMN Forschungsarbeiten recherchiert wurden. Das Aufenthaltsrecht der Vertriebenen in Österreich gilt – nach einer entsprechenden Verlängerung – derzeit bis März 2024, wobei auf EU-Ebene bereits Schritte für eine Verlängerung des vorübergehenden Schutzes bis März 2025 gesetzt wurden. Die Anzahl der in Österreich in Grundversorgung befindlichen Ukrainer:innen sinkt seit September 2022 leicht, aber kontinuierlich. Demgegenüber hat das Angebot des kostenlos überlassenen Wohnraums durch die Zivilgesellschaft in den letzten Monaten deutlich nachgelassen. Gründe dafür sind vor allem die hohe Inflation und die gestiegenen Energiekosten, zumal auch der beschlossene Teuerungsausgleich die Mehrbelastungen nicht vollends abfedern konnte. Daher ist die Nachfrage der Ukrainer:innen in Grundversorgung nach organisierten Unterkünften deutlich angestiegen. Seit Juli 2022 haben Vertriebene die Möglichkeit, Kinderbetreuungsgeld rückwirkend zu beantragen, was unter Umständen zu einem Doppelbezug von Leistungen und in weiterer Folge zu einer Rückzahlungsverpflichtung führen kann. Der Wegfall der Beschäftigungsbewilligung im April 2023 hat sowohl die Arbeitsaufnahme als auch die Arbeitssuche der Vertriebenen begünstigt. Das Arbeitskräftepotential der Ukrainer:innen in Österreich scheint aber noch nicht ausgeschöpft zu sein, was Expert:innen zufolge am System der Zuverdienstgrenze für Personen in Grundversorgung liegt. Zuletzt wurde die Forderung nach einer Überführung der Vertriebenen in das System der Sozialhilfe laut, weil davon eine Minderung der prekären finanziellen Situation von Vertriebenen sowie eine bessere Arbeitsmarktintegration erwartet werden.

Einen Einblick in die praktische Arbeit bei der Unterstützung von Vertriebenen erhielten die Teilnehmer:innen durch den Impulsvortrag von [Dr. Christoph Pinter](#) (UNHCR Österreich). Er betonte zunächst, dass die entsprechende Arbeit von UNHCR vor allem darin bestehe, die aktuelle Lage zu beobachten, mögliche Problembereiche zu identifizieren und, im Austausch mit verschiedenen Akteur:innen, Verbesserungsvorschläge aufzuzeigen. Der regelmäßige Kontakt mit Beteiligten unterschiedlicher Ebenen ermögliche es, Lösungsvorschläge und Empfehlungen auf gemeinschaftlicher Basis auszuarbeiten. Von besonderer Relevanz sei dabei der direkte Austausch mit den Betroffenen. Auf Basis einer Umfrage unter Vertriebenen aus der Ukraine von Anfang 2023 identifizierte UNHCR Österreich verschiedene Problemfelder, wobei die folgenden drei prioritär von UNHCR bearbeitet wurden: (1) Perspektive des längeren Aufenthalts: Der stets auf lediglich ein Jahr befristete vorübergehende Schutz, der zuletzt auf EU-Ebene bis März 2025 verlängert wurde, bringe einen hohen Grad an Unsicherheit mit sich, und zwar sowohl für Vertriebene als auch mögliche Arbeitgeber:innen und Vermieter:innen. (2) Zugang zum Arbeitsmarkt: Trotz Beseitigung des Erfordernisses einer Beschäftigungsbewilligung hätten viele Vertriebene nach wie vor mit praktischen Hürden zu kämpfen. (3) Grundversorgung: Das System der Grundversorgung sei nicht für einen längeren Aufenthalt konzipiert und stelle eine Armutsfalle für viele Betroffene dar. Um dem entgegenzuwirken, brauche es einen Wechsel vom System der Grundversorgung zum System der Sozialhilfe mit einer verbesserten Schnittstelle zum Arbeitsmarktservice.

[Mag.^a Claudia Lui](#) (Beratungszentrum Ukraine, Diakonie Flüchtlingsdienst) ging zunächst auf die Wohnsituation der Vertriebenen in Österreich ein. Viele der privaten Wohnraumspenden, die seit Beginn des Krieges von der Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt wurden, beständen nach wie vor, neuer Wohnraum komme aber nicht hinzu. Geflüchtete, die gezwungen seien, gespendeten Wohnraum zu verlassen, hätten meist nur die Möglichkeit in organisierten Unterkünften untergebracht zu werden, da privater Wohnraum nicht leistbar sei. Weiters thematisierte Claudia Lui die Zuverdienstgrenze, die viele Vertriebene in Grundversorgung aufgrund der Gefahr des Verlusts des Wohnraumes oder finanzieller Rückforderungen in der Praxis daran hindere, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Als besonders problematisch bezeichnete sie die Tatsache, dass es keine autorisierte Kalkulation gäbe und man sich in der Beratung mit Behelfsrechnern begnügen müsse. Auch sozialmedizinische Themen würden stark nachgefragt, insbesondere Krebspatient:innen, Personen mit

Pflegegeldanspruch und zahlreiche andere vulnerable Personen benötigten laufend Unterstützung. Abschließend wies sie auf die Doppelbelastung vieler ukrainischer Schulkinder, die sowohl dem österreichischen als auch dem ukrainischen Lehrplan folgen, sowie die Schwierigkeiten bei der Anerkennung und Nostrifikation von Abschlüssen hochqualifizierter Vertriebener hin.

Erhebungen unter den Vertriebenen sind essenziell, um Maßnahmen und Unterstützungsleistungen treffsicher und bedarfsorientiert gestalten zu können. [Dr.in Sonja Dörfler-Bolt](#) (Österreichisches Institut für Familienforschung, Universität Wien) präsentierte ausgewählte Ergebnisse zweier vom Österreichischen Integrationsfonds beauftragter [Studien](#), die die Situation und die Zukunftsperspektiven von weiblichen Vertriebenen aus der Ukraine in Österreich im Frühling 2022 und 2023 widerspiegeln. Die Teilnehmerinnen der Studien wiesen einen überdurchschnittlich hohen Bildungsgrad auf, was sich mit dem Phänomen der Selbstselektion erklären ließe, demzufolge Vertriebene mit höherem Bildungsniveau in weiter entfernten Ländern Schutz suchten, wohingegen das Bildungsniveau der in den Nachbarländern der Ukraine ankommenden Vertriebenen niedriger ausfalle. Trotzdem entspreche die Erwerbstätigkeit der meisten Vertriebenen in Österreich nicht ihrem Qualifikationsniveau. Darüber hinaus hinderten fehlende Deutschkenntnisse, langwierige Anerkennungen, Kinderbetreuungspflichten, die Sorge des Verlusts finanzieller, staatlicher Leistungen und die Unsicherheit bezüglich des befristeten Aufenthaltsrechts viele Vertriebene daran, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Innerhalb Österreichs konzentrierten sich die Vertriebenen auf Ballungsräume, in ländlichen Gegenden seien hingegen nur wenige Ukrainerinnen wohnhaft. Über 70 Prozent der im großstädtischen Gebiet lebenden Vertriebenen gaben an, keine Umzugsbereitschaft zu haben, was mit ihrem Bild des strukturschwachen, ländlichen Raums in der Ukraine zusammenhinge.

[Mag.ª Saskia Heilemann](#) (IOM Österreich) befasste sich im Rahmen einer [Studie](#) mit der Frage, welche potenziellen Risikofaktoren für Gewalt, Ausbeutung oder Missbrauch für Vertriebene im Bereich des Wohnens bestehen, und präsentierte ausgewählte Ergebnisse. Die in der Stichprobe befragten Personen wiesen einen hohen Grad an potenzieller Vulnerabilität auf, da es sich hauptsächlich um weibliche Alleinerziehenden-Haushalte handelte. Zusätzlich verstärkte die prekäre finanzielle Situation, in der sich der Großteil der Befragten befand, ihre Gefährdungslage. Die Mehrheit der Befragten (65%) gab an, in Privatunterkünften zu leben. Während zwei Drittel (66%) der in Privatunterkünften untergebrachten Personen ihre Unterkunft mieteten, gab ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Befragten (27%) an, bei Freund:innen, Verwandten oder fremden Privatpersonen untergekommen zu sein. Gepaart mit einer prekären finanziellen Lage können diese Umstände mögliche Risikofaktoren darstellen. Im Zuge der Erhebung zeigte sich darüber hinaus ein Informationsdefizit im Bereich Unterstützung bei Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch. Insgesamt gaben 47 Prozent der Befragten an, nicht zu wissen, an wen sie sich im Notfall wenden können. Obwohl die nicht repräsentative Stichprobengröße weitere Untersuchungen erfordert, zeigte sich ein klares Bild: Etwa 16 Prozent der Befragten berichteten, dass sie bereits Auseinandersetzungen erlebt oder miterlebt hatten, die vor allem auf die schwierigen Lebensbedingungen in der Unterkunft zurückzuführen waren. Weitere 15 Prozent gaben an, in Österreich eine ungerechte oder ungleiche Behandlung erlebt zu haben, oftmals im Bereich des Wohnens. Um die potenzielle Vulnerabilität der Vertriebenen aus der Ukraine zu verringern, müsse vor allem ihre finanzielle Situation verbessert sowie der Fokus auf die Arbeitsmarktintegration und die Schaffung einer längerfristigen Aufenthaltsperspektive gelegt werden.

Die Veranstaltung wurde von [Mag. Andreas Achrainer](#) (Ukraine-Flüchtlingskoordinator der Republik Österreich) abgeschlossen, der in seinem Beitrag darauf hinwies, wie wichtig es sei, den Vertriebenen eine langfristige Perspektive zu geben. Er plädierte in diesem Zusammenhang für die Verlängerung des Vertriebenenstatus sowie eine darauffolgend zügige und lückenlose Überführung in einen nachstehenden Aufenthaltstitel. Zudem nahm er Bezug auf die in Österreich äußerst komplexen und teuren Anerkennungs- und Nostrifikationsprozesse, die in anderen EU-Staaten für manche Branchen (u.a. Gesundheitssektor) weitaus einfacher geregelt seien. Weiters thematisierte er die Doppelbelastung der vertriebenen Kinder und Jugendlichen, die sowohl dem österreichischen als auch dem ukrainischen Lehrplan folgten – ein Umstand, der auch Lehrkräfte vor Herausforderungen stelle und die Integration der Kinder hemme. Abschließend betonte Andreas Achrainer, dass die Unterstützung der Ukraine auch vor Ort weitergehen müsse. Der Krieg in der Ukraine werde die österreichische Gesellschaft noch lange beschäftigen, da viele der Vertriebenen längerfristig in Österreich bleiben würden. Die Ukrainer:innen bräuchten weiterhin Unterstützung und es sei nötig, die politischen Entscheidungsträger:innen daran zu erinnern und sie auf die bestehenden Probleme aufmerksam zu machen.